

# Grüne Energiepolitik ist keinerlei Hilfe für die Ärmsten

geschrieben von Chris Frey | 3. August 2022

[Larry Bell](#)

Die Herdenhysterie fordert einen tragischen sozialen und wirtschaftlichen Tribut in ehemals wohlhabenden Ländern, die eine vom Klimaalarm geprägte Politik gegen fossile Energieträger und Landwirtschaft betrieben haben.

Dieses selbstverschuldete Elend ist auf eine Kombination von Einflüssen zurückzuführen: ungerechtfertigte Ängste, die auf nachweislich gescheiterten theoretischen Klimamodellen beruhen; grob fehlgeleitete Erwartungen an so genannte „grüne Energie“-Kapazitäten und -Volkswirtschaften; und sicherlich nicht zuletzt mächtige politische Aktivisten, die verängstigte, uninformierte Bevölkerungen ausnutzen, für die sie arbeiten.

Einst ein weltweit beneidetes industrielles Kraftpaket, kämpft Deutschland heute darum, die Lichter am Leuchten zu halten, nachdem es zuverlässige und reichlich vorhandene Kohlenwasserstoff- und Kernenergie zugunsten von unzuverlässiger, unregelmäßiger und vergleichsweise mickriger Wind- und Solarenergie aufgegeben hat.

Radikale „Klimawandel“-Agenden, die sich geografisch von den fruchtbaren Ackerflächen der Niederlande im Westen bis nach Sri Lanka in Südasien und Ghana in Afrika südlich der Sahara erstrecken, haben ebenfalls verheerende Auswirkungen auf die lokalen Lebensgrundlagen und die Nahrungsmittelversorgung der Welt.

Das Klima-begeisterte Deutschland mit der höchsten installierten Windkraftkapazität in Europa gehört zusammen mit Dänemark zu den Ländern mit den höchsten Strompreisen weltweit ... rund 35 USD-Cent pro Kilowattstunde im zweiten Quartal 2021, was Platz 15 der teuersten von 133 Ländern bedeutet.

Der von den Vereinten Nationen geförderte Klima-Alarmismus bezüglich der Treibhausgas-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe führte vor 20 Jahren zu einem Plan des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder, innerhalb von drei Jahrzehnten aus der Kohlenwasserstoff- und sogar aus der Kernenergie auszusteigen.

Nach Schröders Wahlniederlage gegen Angela Merkel im Jahr 2005 beschleunigte sie diesen Prozess, so dass die letzten Kernkraftwerke des Landes in diesem Jahr abgeschaltet werden sollen – ein Jahrzehnt früher als geplant.

Merkels Entscheidungen zum Ausstieg aus der Kohle- und Kernkraft haben das Land zum weltweit größten Abnehmer von russischem Gas und zu einem der am stärksten von russischer Energie abhängigen Länder in der EU gemacht.

Da Deutschland und die gesamte EU es versäumt haben, seine eigenen, technisch förderbaren Schiefergasvorkommen zu erschließen, haben sie berechtigten Grund zur Sorge, dass Russland seine lebenswichtigen Energieressourcen mit Waffengewalt einsetzen wird, um seine territorialen Ziele durchzusetzen.

Paradoxerweise haben die EU-Mitgliedsländer noch vor 15 Jahren mehr Gas produziert als Russland exportiert, und obwohl ihre Reserven kleiner sind als die Russlands, verfügen sie möglicherweise über ebenso viel technisch förderbares Schiefergas wie die USA, dessen Erschließung ihre Regierungen nicht zulassen.

Der deutsche Energieriese und notleidende Erdgasversorger Uniper hat praktisch einen Versorgungsnotstand ausgerufen, nachdem er gezwungen war, Brennstoff aus Lagern abzuziehen, um die Kürzungen der russischen Lieferungen zu ersetzen. Das Unternehmen benötigt außerdem dringend Lieferungen, um den Konkurs abzuwenden.

Die niederländischen Landwirte rebellieren gegen die drakonische, klimabedingte „Great Reset“-Gesetzgebung, die für 2020 eine Reduzierung des Stickstoffs vorschreibt.

Der Vorwand für diesen Irrsinn ist die Begrenzung der Emissionen von Chemikalien wie Ammoniak, das aus Tierdünger freigesetzt wird ... die Lösung besteht darin, die Milch- und Fleischproduzenten zu zwingen, ihre Herden um die Hälfte zu reduzieren, die die lebenswichtige Versorgung der Welt mit Nahrungsmitteln und den Lebensunterhalt der Landwirtschaft sichern.

Angeblich soll die Verordnung die Ziele eines 2019 verabschiedeten Klimagesetzes erfüllen, das eine Senkung der Treibhausgasemissionen um 49 Prozent bis 2030 vorsieht.

Der Gegner Thierry Baudet und einige andere Mitglieder des niederländischen Repräsentantenhauses behaupten, dass diejenigen, die hinter der Güllebewegung stehen, eine noch stinkendere Agenda verfolgen, nämlich dass die Regierung Ackerland aufkaufen und entwerten will, um mehr Wohnungen für Migranten zu bauen.

Der Wanderungssaldo in den Niederlanden, einem Land mit 17,2 Millionen Einwohnern, belief sich im Jahr 2021 auf 108.275.

Baudet fragt: „Wie ist es möglich, dass die niederländische Regierung in einer Zeit, in der alle von möglichen Lebensmittelengpässen und unsicheren Versorgungsketten sprechen, diese Politik verfolgt, die zu einer noch größeren Abhängigkeit von internationalen Versorgungsketten

und damit zu Unsicherheit für die niederländische Bevölkerung führen wird?“

Tausende von Demonstranten in Sri Lanka, einem Inselstaat vor der Südküste Indiens, stürmten den Amtssitz des Präsidenten und setzten das Haus des Premierministers in Brand, um gegen die Inflation und die Lebensmittelknappheit zu protestieren.

Sri Lankas Landwirtschaft, die mehr als 7 % des BIP des Landes ausmacht und 30 % der Arbeitskräfte beschäftigt, wurde erheblich zurückgeworfen, nachdem 99 000 Tonnen teurer organischer Dünger, der von der chinesischen Qingdao Seawin Biotech Group importiert wurde, positiv auf schädliche Bakterien getestet worden waren.

Der daraus resultierende Düngermangel führte dazu, dass die Landwirte ihre Felder nicht mehr bestellen konnten mit der Folge massiver Ernteaufschläge.

Das westafrikanische Land Ghana, das einst zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften des Kontinents gehörte, steht vor allem wegen eben dieser „klimafreundlichen“ Agrarpolitik am Rande des Bankrotts.

Bis vor kurzem war Ghana das Aushängeschild der Vereinten Nationen für Klimaziele, die im Rahmen des Pariser Abkommens „eine Reduzierung der Emissionen um 15 bis 45 Prozent ... bis 2030 und eine Stärkung der Klimaresilienz in enger Abstimmung mit seinen Entwicklungsprioritäten anstrebten.“

Das war jedoch nicht genug, um die UNO zufriedenzustellen.

Unter wirtschaftlichem Druck der Europäischen Union und der Weltbank stimmte das Land 2021 einer drastischen Senkung der Treibhausgasemissionen im Zusammenhang mit Kunstdünger und Viehzucht zu.

Inmitten der durch den Krieg in der Ukraine verursachten Düngemittelknappheit und der sich verschärfenden Nahrungsmittelkrise hat die EU Finanzinvestitionen abgelehnt, um Ghana und anderen klammen afrikanischen Ländern dabei zu helfen, die einheimische Düngemittelproduktion anzukurbeln oder ihre fossilen Energiequellen auszubauen, weil dies „mit ihrer Energie- und Umweltpolitik unvereinbar“ wäre.

In der Zwischenzeit haben die USA und mehrere europäische Staaten, darunter auch Deutschland, 8,5 Milliarden Dollar (7,3 Milliarden Euro) zugesagt, um Südafrika beim Ausstieg aus der Kohle und beim Ausbau erneuerbarer Energiequellen zu unterstützen“, berichtet der deutsche Staatssender DW News.

Und die Belohnung?

Ghana, das früher ein Nettoexporteur von Strom war, erlebte komplette Stromausfälle, die dazu führten, dass Millionen Menschen in der Ashanti-Region ohne Wasser lebten ... einschließlich der Bewässerung, die für den Anbau von Lebensmitteln benötigt wird.

Danke für nichts.

*This piece originally [appeared](#) at NewsMax.com and has been republished here with permission.*

Link:

<https://cornwallalliance.org/2022/07/green-energy-policies-no-help-to-the-most-desperate/>

Übersetzt von [Christian Freuer](#) für das EIKE

**Fazit des Übersetzers:** Wo immer Klima- und Energiepolitik dieser Art regiert, droht ausnahmslos Chaos und Zerstörung! **Und das alles nur, um unserem Planeten möglichst effizient seine Lebensgrundlage zu entziehen!!**